

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Radio Bremen-Rundfunkrates am 5. Dezember 2013

Ort: Radio Bremen, Weser-Haus Konferenzzentrum

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Teilnehmer:

Vorsitz:

Eva-Maria Lemke-Schulte

Rundfunkrat:

Doris Achelwilm
Irmgard Czarnecki
Matthias Dembski
Annette Düring (bis TOP 10)
Susan Ella-Mittrenga
Wolfgang Grotheer
Wiebke Hamm
Hellena Harttung
Elke Heyduck (bis TOP 10)
Dr. Martina Höhns
Edith Laudowicz-Frey
Katrín Lehmann
Beate Röllecke
Klaus Schloesser
Joachim Schwolow
Barbara Tülp
Norbert Wilke

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Jens Böttger
Sven Carlson
Michael Gerhardt
Michael Glöckner
Gesine Reichstein
Jan Schrader
Heike Wilke

Personalrat:

Rainer Kahrs
Gaby Schuylenburg
Christian von Plato

Frauenbeauftragte:

Birgitta Tunkel

Vertrauensperson der Schwerbehinderten:

Susanne Tetzke

Protokoll:

Merle Schmidt

Entschuldigungen:Rundfunkrat:

Uwe Boysen und seine Stellvertreterin Karin Kiese
Andreas Brandes, i.V. Beate Röllecke
Halime Cengiz und ihr Stellvertreter Daniel de Oliveira Soares
Cornelius Neumann-Redlin
Prof. Dr. Heinz-Otto Peitgen und seine Stellvertreterin Angela Bauriedl
Dr. Beate Porombka und ihr Stellvertreter Bernd Glawatty
Antje Schreiner, i.V. Edith Laudowicz-Frey

Tagesordnung der öffentlichen Rundfunkratssitzung

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 23.10.2013
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Bericht des Intendanten
Vorlage 19/2013
5. Berichte aus den Ausschüssen
6. Bericht aus dem Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
7. Wirtschaftsplan 2014
Vorlage 20/2013
8. Mittelfristige Finanzplanung
Vorlage 21/2013
9. Entwicklungsbericht 2014
Vorlage 22/2013
10. Tarifabschluss bei Radio Bremen
Vorlage 23/2013
11. Programmreform Nordwestradio
Präsentation Jan Weyrauch
12. Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten
Vorlage 24/2013
13. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 25/2013
14. Verschiedenes
Termine 2014

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 23.10.2013

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 3: Bericht der Vorsitzenden

Die Vorsitzende teilt mit, dass sich das Präsidium auf Anregung eines Rundfunkratsmitglieds zur uneinheitlichen Berichterstattung aus den Ausschüssen und den Beiräten – teilweise mündlich, teilweise schriftlich – befasst habe.

Der Rundfunkrat zeigt sich einverstanden mit dem Vorschlag des Präsidiums, nach dem die Ausschussvorsitzenden und die Mitglieder im ARD-Programmbeirat und Arte-Programmbeirat künftig nur noch mündlich Bericht erstatten werden (ohne schriftliche Ergänzungen). Die Redezeit einschließlich Nachfragen wird auf fünf Minuten begrenzt.

Die Vorsitzende berichtet von der GVK-Sitzung am 25./26. November 2013 in Leipzig, auf der sich die Gremiovorsitzenden schwerpunktmäßig mit dem Thema „Jugendkanal“ befasst haben. In die Beratung eingeflossen seien auch die Thesen aus dem Anfang November 2013 bei Radio Bremen veranstalteten ARD-weiten Volontärstreifen. Die Gremiovorsitzendenkonferenz habe sich darauf geeinigt, dieses Projekt eines gemeinsamen, crossmedialen Jugendangebots von ARD und ZDF mit Nachdruck zu unterstützen.

Frau Lemke-Schulte habe bereits in der letzten Rundfunkratssitzung berichtet, dass ARD und ZDF ein erstes Konzept vorgelegt haben. Die Ministerpräsidentinnen und –präsidenten haben sich damit in ihrer letzten Sitzung befasst und Aufträge an die Öffentlich-Rechtlichen gestellt, die bis zur Ministerpräsidentenkonferenz im März 2014 abzuarbeiten seien. Die Gremiovorsitzenden haben verabredet, dass sich bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz möglichst alle Rundfunkräte oder Programmausschüsse mit dem der Rundfunkkommission vorgelegten Jugendkanal-Konzept befassen sollten. Die GVK werde sich dann in ihrer a.o. Sitzung am 11. Februar 2014 abschließend bzw. koordinierend mit dem Thema befassen.

Der Vorschlag der Vorsitzenden, am 6. Februar 2014, 16.00 Uhr eine Sondersitzung zu dem Thema „ARD/ZDF-Jugendangebot und Junge Inhalte“ unter Beteiligung des Verwaltungsrats abzuhalten, wird angenommen.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, dass sich die Gremiovorsitzenden zudem mit dem Thema „Finanzausgleich“ beschäftigt haben. Alle Gremien haben dem Vorschlag der ARD zugestimmt bzw. diesen zur Kenntnis genommen. Dieses Thema werde die GVK ebenfalls weiterhin beschäftigen.

Abschließend weist Frau Lemke-Schulte auf die vom Gremienbüro per E-Mail verschickte Liste der Sitzungstermine in 2014 hin. Eine aktuelle Übersicht liegt dem Protokoll nochmals bei.

TOP 4: Bericht des Intendanten
Vorlage 19/2013

Der Intendant verweist auf die Vorlage sowie die schriftlichen Ergänzungen zu den Ergebnissen der ARD-Sitzung am 25./26. November in Leipzig. Er wolle zudem drei Dinge nachtragen:

- Jugendkanal

Frau Lemke-Schulte habe bereits erwähnt, dass die Ministerpräsidentinnen und –präsidenten der Länder ARD und ZDF den Auftrag erteilt haben, das vorgelegte erste Konzept weiter auszubauen und zu verbessern. Man habe eine intensive und offene Diskussion über dieses Konzept geführt, das unter großem Zeitdruck entstanden sei und auch nach Beurteilung innerhalb der Gemeinschaft nicht alle Anforderungen erfülle. Das Konzept orientiere sich stark an Überlegungen für einen linearen Fernsehkanal, während junge Menschen eher andere Plattformen bevorzugen, um Videos und andere Inhalte zu konsumieren. Daher werde das Konzept um eine crossmediale Ausrichtung erweitert. Intern rede man nicht mehr von einem Jugendkanal, sondern von einer crossmedialen Jugendplattform, die entstehen müsse – eine Ansicht, die Radio Bremen schon immer vertreten habe.

Radio Bremen arbeite derzeit an konkreten Vorschlägen für die geplante Nachmittagsstrecke dieses Angebots. Man arbeite an einem gemeinsamen Projekt mit „ARD aktuell“ (Tagesschau), in ähnlicher Weise wie bereits bei der Tageswebschau. Mit Helge Haas habe Radio Bremen auch einen Vertreter in der Konzeptgruppe.

Ein Rundfunkratsmitglied weist auf die Angabe im Bericht des Intendanten hin, dass die Entscheidung über die Einrichtung eines Jugendkanals unter anderem von der Einrichtung eines Jugendbeirats durch die Anstalten abhängige. Es frage, ob ein solcher Beirat bereits bei Radio Bremen eingerichtet worden sei. Ferner sei in der Vorlage angegeben, dass die Angebotsausrichtung eines Jugendkanals auf geeigneten Marktanalysen beruhen müsse. Das Mitglied frage, in wessen Hand deren Erstellung liege.

Herr Metzger antwortet, dass es sich bei der Einrichtung des Jugendbeirats um eine Aufforderung von Seiten der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten handle. Es werde nicht in jeder Landesrundfunkanstalt ein Beirat eingerichtet, sondern ein Gremium für die gesamte ARD. Über das Vorgehen sei jedoch noch keine Vereinbarung getroffen worden. Für die Marktanalysen sei der SWR zuständig, der auch die Federführung des gesamten Projekts habe. Er habe eine vergleichsweise große Medienforschungsabteilung.

Die Vorsitzende ergänzt, dass sich die GVK mit der Anregung der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, einen Jugendbeirat einzurichten, bereits befasst habe. Nach ihrem Dafürhalten betreffe diese Frage in erster Linie die Rundfunkräte, in denen die Jugendorganisationen bereits vertreten seien. Für den Bremer Jugendring sitze Frau Lehmann im Radio Bremen-Rundfunkrat.

In der GVK wolle man sich mit der Einrichtung des Jugendbeirats nochmals vertieft auseinandersetzen, um ein einheitliches Verfahren zu finden.

Ein Rundfunkratsmitglied merkt an, dass das Thema Jugendbeirat interessant sei, da es dabei um eine bessere Erreichbarkeit junger Menschen gehe. Im eigenen Interesse sollte man dieses Thema befördern und nicht abwarten, bis auf anderer Ebene darüber entschieden werde. In Bremen seien bereits einige Jugendbeiräte gebildet worden – in der Stadtteilpolitik und auch bei den Parteien in Bremen sei das Thema angekommen. Auch für Radio Bremen wäre es gut, das Thema zu befördern und junge Leute zu suchen, die bereit seien sich zu engagieren und in einer eigenen Gruppe Vorstellungen entwickeln können, wie das Programm im Sinne der jugendlichen Rezipienten verbessert werden kann.

Frau Lemke-Schulte entgegnet, dass es nicht darum gehe, das Thema nicht zu befördern, sondern darum, sich im Kanon mit den anderen Anstalten zu bewegen. Zu gegebener Zeit sollte die Einrichtung des Jugendbeirats natürlich im Rundfunkrat diskutiert werden.

Herr Metzger erklärt, dass man vor allem in Bezug auf die Programmkonzepte intensiv an der Frage arbeite, wie man die jungen Leute besser erreiche. Die Angebote seien immer weniger linear, sondern auch immer mehr im Dialog mit denjenigen, die diese Medien dann auch nutzen. Er schlage vor das Thema in der Sondersitzung am 6. Februar 2014 nochmals zu beraten, wenn Radio Bremen ohnehin seine Vorstellungen zum Thema Junge Inhalte vorstellen werde. Wie die Gestaltung auszusehen habe – ob durch einen Beirat oder in anderweitiger Form – sei dann ebenfalls zu überlegen.

Der Rundfunkrat erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Das Rundfunkratsmitglied ergänzt, dass es lediglich Anregungen für das weitere Vorgehen habe geben wollen. Das Thema sei zukunftsgerichtet und es sei vorstellbar, die Bremischen Jugendverbände einzubeziehen. Eine Idee wäre, ein Projekt auszuschreiben, sich an die Organisationen und die Jugendlichen insgesamt zu wenden und so auch öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Dies würde dem Sender und auch seinem Image sicherlich gut bekommen.

Frau Lehmann weist darauf hin, dass sie vom Bremer Jugendring in den Rundfunkrat entsandt worden sei, der alle Jugendverbände in Bremen vereinige. Sie schließe sich mit diesen auch durchaus zurück. Sollte das Thema Jugendbeirat in der Februarsitzung besprochen werden, werde sie bis dahin natürlich mit dem Bremer Jugendring Kontakt aufnehmen und dann entsprechend etwas einbringen können.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied erklärt, dass es wichtig sei, dass auch die im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorhandenen Organe über Wege nachdenken, bei denen keine neue Struktur aufgebaut werde. Eine Möglichkeit wäre, dass sich die Jugendvertreter in den Rundfunkräten bundesweit zu

Workshops treffen und sich nicht nur in Bezug auf ihre eigenen Organisationen zurückkoppeln, sondern ein Forum für einen bundesweiten Austausch zu schaffen. In diese Richtung sollte man sich weiterführende Gedanken machen.

Frau Lehmann erklärt, dass es ein über den Bundesjugendring organisiertes Gremium gebe, in dem sich alle Jugendvertreter der Rundfunkräte und der Landesmedienanstalten einmal jährlich treffen. Auch hier sei das Thema Jugendkanal bereits andiskutiert, aber aufgrund der bestehenden Unsicherheiten noch nicht vertieft worden.

Die Vorsitzende erklärt, dass es sich dennoch um eine gute Anregung des Rundfunkratsmitglieds handle, die aufgenommen werden sollte.

- Gastronomie im Weser-Haus

Herr Metzger berichtet weiter, dass der derzeitige Pächter im Weser-Haus sein Restaurant zum Jahresende schließen werde. Die Radio Bremen Media GmbH habe mit einem Interessenten über eine Übernahme der Räumlichkeiten verhandelt, der jedoch wieder Abstand genommen habe.

Auf die Feststellung der **Vorsitzenden**, dass damit ein nahtloser Übergang schwierig werde, erklärt **Herr Metzger**, dass auch der letzte Interessent wegen Renovierungsarbeiten erst zum 1. April 2014 hätte neu eröffnen können. Man arbeite an einem Überbrückungscatering.

- Gottesdienstübertragung aus der Stephani-Kirche im Ersten

Die Live-Übertragung des Eröffnungsgottesdienstes zur 55. Aktion „Brot für die Welt“ aus der Stephani-Kirche im Ersten am 1. Dezember 2013 sei eine aufwändige und komplizierte, zugleich aber auch gelungene Produktion gewesen. Von Seiten der Bremischen Evangelischen Kirche habe es positive Resonanz gegeben.

Auf die Bitte von Herrn Metzger ergänzt **Herr Weyrauch** einige Details. Die Quoten lagen bei 3,4% bzw. 310.000 Zuschauerinnen und Zuschauern, was mit den Zahlen anderer Gottesdienste auf diesem Sendepplatz zu vergleichen sei. Es habe nicht nur die Live-Übertragung im Ersten gegeben, sondern das Thema sei zudem crossmedial genutzt worden (u.a. bei einer Wochenserie im Nordwestradio).

Die Vorsitzende ergänzt als weitere erwähnenswerte Nachricht, dass der Buxtehude-Autor Dirk Blumenthal beim Bremer Fernsehpreis 2013 mit seinem Stück „Plantage“ in der Kategorie „Bester Beitrag“ gewonnen habe. Dies sei erfreulich. Es habe sich tatsächlich um einen ausgezeichneten Beitrag gehandelt.

TOP 5: Berichte aus den Ausschüssen

Frau Hamm berichtet, dass sich der Finanz- und Organisationsausschuss in seiner letzten Sitzung am 28. November 2013 zunächst über den aktuellen Stand des Finanzausgleichs habe informieren lassen. Das Konzept für den Jugendkanal sei angesprochen worden und der Ausschuss habe die Überarbeitung im Sinne einer crossmedialen Ausrichtung begrüßt. Auch die Schätzungen der Mehreinnahmen durch den neuen Rundfunkbeitrag seien thematisiert worden. Im Schwerpunkt habe sich der Finanz- und Organisationsausschuss zudem mit dem Wirtschaftsplan 2014, der Mittelfristigen Finanzplanung, dem Entwicklungsbericht 2014 und dem Tarifabschluss bei Radio Bremen befasst. Hierzu werde sie unter den entsprechenden Tagesordnungspunkten berichten.

Frau Czarnecki berichtet aus der letzten Sitzung des Fernsehausschusses vom 27. November 2013 mit dem Schwerpunktthema „Sportblitz“. Herr Evertz, Leiter der Fachredaktion Sport, sei zu Gast gewesen und es sei insbesondere auch um die Frage nach den Auswirkungen der Sendeplatzverlegung der Sendung auf 18:06 Uhr gegangen. Herr Weyrauch habe erste Zahlen nach dem Relaunch des Vorabends präsentiert und der Zuschauerverlust sei geringer als erwartet. Auf dem alten Sendeplatz habe der Sportblitz im Durchschnitt 50T Zuschauerinnen und Zuschauer gehabt, seit dem Relaunch im Schnitt 40T. Zugleich habe man aber erhöhte Klickzahlen, da die Sendung nun auch im Internet abrufbar sei. Daher sei die Einschätzung, dass der Sportblitz auf Dauer wieder dieselbe Zahl an Zuschauerinnen und Zuschauern erreichen werde.

Was den Inhalt des neuen Sportblitzes angehe, habe die Sendung außerordentlich viel Lob erhalten. Positiv hervorgehoben worden sei vor allem, dass der Sportblitz nicht nur dem hohen Bedürfnis nach Fußballberichterstattung nachkomme, sondern auch andere Sportarten zeige – auch Randsportarten – und einen guten Überblick über die Bremer Sportszene gebe.

Ein zweiter Schwerpunkt der Sitzung sei die Programmbeschwerde von Herrn Robrecht gewesen, die auch unter TOP 13 der heutigen Sitzung behandelt werde.

Frau Düring berichtet, dass sich der Zukunftsausschuss im Jahr 2013 schwerpunktmäßig mit den Themen Social Media, Wochenwebschau, mobile Auspielung und Apps beschäftigt habe. In der letzten Sitzung am 30. Oktober 2013 habe man sich vor allem dem Thema Smart-TV bzw. HbbTV gewidmet. Es sei eine spannende Sitzung gewesen, in der Herr Warmbein die Funktionsweise dieser Technik, die Radio Bremen als eine der ersten ARD-Anstalten umgesetzt habe, anschaulich präsentiert habe. HbbTV ermögliche die Verbindung linearen Fernsehens mit Mehrwertangeboten aus dem Internet. Viele Menschen besitzen bereits einen Smart TV, jedoch seien bisher nur 15-20% dieser Fernseher ans Internet angeschlossen.

Der Ausschuss habe die Vor- und Nachteile diskutiert. HbbTV ermögliche zeitversetztes Fernsehen, wodurch die Zuschauerinnen und Zuschauer nicht mehr an das lineare Programm gebunden seien. Die Inhalte rücken mehr in den Vordergrund und der Trend werde dahin gehen, dass die Smart TVs das Angebot immer mehr an die Vorlieben der einzelnen Zuschauerinnen und Zuschauer anpassen. Es handle sich um eine zukunftsweisende Technik und es sei davon auszugehen, dass sich diese durchsetze.

Herr Dembski berichtet zur letzten Sitzung des Hörfunkausschusses am 13. November 2013, dass Schwerpunkt „Funkhaus Europa“ mit einer Programmbeobachtung von „Café Mondial“ und dem Nachmittagsbereich (in Bremen produzierte Sendungen) gewesen sei. Dies habe man gekoppelt mit einer Präsentation von Frau Peters zur ARD/ZDF-Studie zur Mediennutzung von Migrantinnen und Migranten aus 2011. Zu der in der Sitzung erneut besprochenen Reform des Nordwestradio werde er sich unter TOP 11 äußern.

TOP 6: Bericht aus dem Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Frau Ella-Mittrenga berichtet, dass in der letzten Sitzung des ARD-Programmbeirats am 12./13. November 2013 in Berlin die Auseinandersetzung mit der Wahlberichterstattung und Wahlvorberichterstattung zur Bundestagswahl Schwerpunkt gewesen sei. Zweimal im Jahr tage der ARD-Programmbeirat gemeinsam mit der Fernsehprogrammkonferenz (FPK), so auch zu diesem Thema. Nachdem an der Berichterstattung zur Bundestagswahl 2009 vor allem die häufige Personalisierung der Berichte stark kritisiert worden sei, habe es dieses Mal ein differenzierteres Urteil gegeben.

Zum einen sei das TV-Duell im Hinblick auf die politische Verfasstheit in der Bundesrepublik thematisiert worden. Es habe Kritik daran gegeben, dass durch die Zuspitzung auf zwei Personen, die dem Bürger – anders als beim amerikanischen Wahlkampf – so gar nicht zur Wahl stehen, eine Unterhöhung des Parteiprinzipis stattfindet. Der Programmbeirat habe vermisst, dass dies nicht richtig eingebettet und erklärt worden sei.

Zum anderen habe der Programmbeirat festgestellt, dass verschiedene Gesprächsformate bei der Gästerauswahl Schwächen hatten (Wiederholungen, immer wieder die gleichen Gäste, unausgewogenes Geschlechterverhältnis). Es habe der Eindruck vorgeherrscht, dass oftmals Fragenkataloge abgearbeitet worden seien und diese Interaktionen, die ein gutes, realistisches Gespräch auszeichnen, hätten an vielen Stellen gefehlt. Der Zugewinn an Erkenntnis sei damit bei einigen Formaten doch recht dünn gewesen, da damit die Politiker auch immer wieder in ihre vorgefassten Formeln hätten ausweichen können.

Des Weiteren habe es eine Kritik an den Themenschwerpunkten gegeben, da der Beirat eine klare Zuspitzung auf sozialpolitische Themen beobachtet habe. Dies sei problematisch gewesen, da der Eindruck entstanden sei, dass

die Meinungsforschung die Programmstruktur und –strukturierung stark begleitet habe. Der Programmbeirat habe oftmals eine kritische Betrachtungsweise von Themen vermisst, tiefergehende Analysen, vor allen Dingen auch durch neutrale Fachleute, und mehr Hintergrundinformationen. Als nicht hilfreich erachte der Programmbeirat Straßenumfragen. Diese seien sehr kritisch debattiert worden, da sie fälschlicherweise den Eindruck einer gewissen Repräsentativität erzeugen. Das gehe dann doch schnell in die Richtung Boulevard-Berichterstattung.

Mit diesen Kritikpunkten habe der ARD-Programmbeirat versucht, den Programmacherinnen und –machern Anregungen mitzugeben, auch im Hinblick auf die anstehende Europawahl. Es gebe immer Verbesserungsmöglichkeiten, gleichzeitig müsse bedacht werden, dass die ARD bei einer von der ARD/ZDF-Medienkommission in Auftrag gegebenen Umfrage zur Bewertung der TV-Berichterstattung über die Bundestagswahl insgesamt deutlich positiv abgeschnitten habe. Es habe also Kritik auf der einen Seite gegeben, auf der anderen Seite gebe es aber natürlich auch ein Pfund, mit dem die ARD weiter agieren sollte. Nichtsdestotrotz sei immer die Balance zwischen Inhalt und Banalität auszubalancieren und in dieser Hinsicht habe der Beirat den Programmacherinnen und -machern einiges mitgegeben.

Die nächste Sitzung am 10./11. Dezember 2013 in Köln habe den Programmbeobachtungsschwerpunkt „politische Magazine“.

Herr Prof. Dr. von der Vring stellt fest, dass es bei dem derzeit diskutierten Konzept für ein Jugendangebot alle möglichen Beteiligten gebe. Was er jedoch vermisse, sei die Mitwirkung bzw. eine Positionierung des Programmbeirats.

Frau Dr. Höhns, stellvertretendes ARD-Programmbeiratsmitglied, erklärt darauf, dass es mindestens eine Sondersitzung des Beirats gegeben habe, in der man sich mit jungen Formaten auseinandergesetzt habe. In dieser Sitzung habe auch Herr Haas referiert und die Projekte der Digitalen Garage vorgestellt. Insofern gebe es schon eine lange und umfangreiche Befassung des Beirats zu der Thematik.

Herrn Kahrs erkundigt sich, warum Straßenumfragen nach Meinung des ARD-Programmbeirats in Richtung der Boulevard-Berichterstattung gehen.

Frau Ella-Mittrenga erklärt, dass der Eindruck entstehe, dass es sich um eine repräsentative Umfrage handle, letztendlich aber persönliche Meinungen eingeholt werden, die statistisch nicht hinterlegt seien. Dies halte der ARD-Programmbeirat in hochpolitischen Fragen für ausgesprochen problematisch.

Herr Kahrs fragt nach, ob dies nur bezogen auf hochpolitische Fragen oder generell so eingeschätzt werde. Es handle sich um ein Element, das beispielsweise auch regelmäßig in die Bremen Vier News integriert werde.

Frau Ella-Mittrenga antwortet, dass es hier um die Wahlberichterstattung zur Bundestagswahl gegangen sei. Dies sei ein anderes Element als ein Regionalfenster, in dem die Bürgerinnen und Bürger befragt werden. Um bestimmte Themen zu unterstreichen sollte aber darauf verzichtet werden, Straßenumfragen zu machen, sondern dann sollte man sich anderer Elemente bedienen, um mit fundierten Meinungen auch politische Meinungen zu bilden. Straßenumfragen können trotzdem ein Element im Journalismus sein, das nicht unbedingt dem Boulevardjournalismus zugeordnet werden müsse. Im Rahmen der vom ARD-Programmbeirat beobachteten Formate habe man es aber unpassend gefunden.

TOP 7: Wirtschaftsplan 2014
Vorlage 20/2013

Die Vorsitzende weist auf die Empfehlung des Verwaltungsrats sowie die Stellungnahme des Personalrats zum Stellenplan hin und gibt das Wort zunächst an den Intendanten.

Herr Metzger weist einleitend auf drei Merkmale des Wirtschaftsplans 2014 hin:

1. Das Jahr 2014 sei wie das Jahr 2013 ein knappes Jahr. Radio Bremen habe noch keine grundlegend verbesserte Finanzausstattung und plane dennoch einen ausgeglichenen Haushalt. Dies sei auf der einen Seite selbstverständlich und unvermeidlich. Auf der anderen Seite erwähne er es, da dies natürlich – wie auch in den zurückliegenden, knappen Jahren – immer auch ein anstrengendes und schwieriges Unterfangen sei, die Dinge, die sich weiterentwickeln müssen, mit dem, was man an Geld aufwenden könne, in Balance zu halten.
2. Dies sei möglich mit einem zweiten Liquiditätsdarlehen der ARD i.H.v. 4,4 Mio.€. Die Alternative wäre gewesen, die Aufwendungen zu mindern und damit das Programmangebot für das Land Bremen weiter einzuschränken. Dies wolle man auch im Jahr 2014 nicht tun.
3. Trotz enger finanzieller Spielräume setze Radio Bremen dennoch im Programm einige neue Akzente:

Radio Bremen werde erstmalig für das Vorabendprogramm des Ersten eine Serie produzieren. Vorgesehen seien acht Folgen einer in Bremen spielenden Geschichte mit dem Titel „Unter Gaunern“ für die Reihe „Heiter bis tödlich“.

Zweitens werde man wieder etwas mehr Geld in die Nachrichtensendungen stecken können. Radio Bremen werde zum ersten Mal für alle Hörfunkwellen in den Kernzeiten formatspezifische Nachrichten haben. 2012 habe man Mittel bei den Nachrichten einsparen müssen, worunter diese sehr gelitten haben. Man habe das Budget inzwischen nicht nur

wieder entsprechend aufgestockt, sondern habe die Nachrichten ausgebaut und werde sie im Jahr 2014 weiter ausbauen.

Drittens werde die Bremer Traditionsmarke „Unter deutschen Dächern“ neu aufgelegt. Es werden wieder an konkreten Alltagssituationen große Geschichten erzählt, allerdings in einem moderneren Gewand. In 2014 werden sechs Folgen solcher Fernsehdokumentationen produziert und im gemeinsamen Dritten mit dem NDR gesendet.

Viertens werde der Onlinebereich ausgebaut. Dies sei ein erklärter Wunsch der letzten Jahre gewesen und auch eine programmliche Notwendigkeit. Dies betreffe sowohl radiobremen.de als auch die Seiten von buten un binnen und dem Nordwestradio.

Dies alles sei nur durch Umschichtung möglich und aufgrund der Bemühungen, die Effizienz der Fernsehproduktion zu steigern, was erste Effekte zeige. Radio Bremen hoffe auf eine bessere finanzielle Lage ab 2015 durch eine entsprechende Neuregelung des Finanzausgleichs. Man mache das Beste aus der aktuellen Situation, indem man zwar sparsam sei, aber dennoch auch Programmentwicklung fördere. Ein Haus, das nur spare, sei irgendwann kein kreatives und kein journalistisches Haus mehr. Dass beide Dinge zusammengehen, sei an dem vorliegenden Zahlenwerk zu sehen.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Metzger und bestätigt, dass es der richtige Weg sei, sowohl zu investieren als auch zu sparen. Es bestehe auch von ihrer Seite weiterhin der Wunsch, dass die vorhandenen Mittel möglichst vorrangig in das Programm fließen.

Frau Hamm berichtet, dass der Finanz- und Organisationsausschuss den Wirtschaftsplan 2014 in seiner letzten Sitzung ausführlich und konstruktiv diskutiert habe. Herr Metzger und Herr Schrader haben sehr kompetent, transparent und umfassend alle Fragen beantwortet, so dass der Ausschuss einstimmig zu dem Abstimmungsergebnis gekommen sei, dem Rundfunkrat die Zustimmung zu der Beschlussvorlage des Verwaltungsrats zu empfehlen.

Frau Schuylenburg erklärt zu der vom Personalrat abgegebenen Stellungnahme zum Stellenplan, dass damit eine Möglichkeit des Personalvertretungsgesetzes genutzt worden sei, nach der der Personalrat zu Haushaltsplanentwürfen eine Stellungnahme abgeben könne. Der Personalrat wolle damit der Sorge Ausdruck verleihen, dass es seit 2006 fortschreitend einen Abbau der festen Stellen im Programmbereich gegeben habe. Diese Entwicklung sei besorgniserregend, da das Programmvolumen nicht im gleichen Umfang abgenommen habe. Das bedeute auf der einen Seite Verdichtung und auf der anderen Seite, dass in zunehmendem Maße freie Mitarbeitende beschäftigt worden seien. Man habe mittlerweile einen Stand erreicht, dass die Anzahl der ständigen frei Mitarbeitenden und der festangestellten Mitarbeitenden bei Radio Bremen nominell fast einen Gleichstand erreicht haben. Im Programmbereich gebe es mittlerweile mehr freie als festangestellte Beschäf-

tigte. Dadurch ergeben sich einige grundsätzliche Fragen, zum Beispiel die nach kontinuierlicher Beobachtung von Themengebieten. Man könne freie Mitarbeitende, die in der Regel für einen Beitrag oder eine bestimmte Schicht eingekauft werden, nicht dazu verpflichten, sich beispielsweise ständig um Justizthemen zu kümmern und an einer Fragestellung dran zu bleiben.

Der aus sechs Freien und drei Festangestellten bestehende Personalrat habe die vorgelegte Stellungnahme einstimmig gefasst. Dies sei Ausdruck dessen, dass diese Sorge nicht nur von den Festangestellten formuliert, sondern genauso von den frei Mitarbeitenden getragen werde. Die Stellungnahme sei jedoch nicht als Votum gegen den Wirtschaftsplan 2014 mit diesem Stellenplan zu verstehen. Es sei ausdrücklich lobend zu erwähnen, dass der Personalrat in diesem Jahr sehr frühzeitig in die Entwurfsdiskussion zu diesem Wirtschaftsplan und Stellenplan einbezogen worden sei und dort seine Voten entsprechend auch zu Gehör gebracht habe. Insofern könne diesem Entwurf auch aus Sicht des Personalrats ohne Einschränkung zugestimmt werden, zumal auch der Verwaltungsratsvorsitzende zugesagt habe, das Thema in der Februarsitzung des Verwaltungsrats ausführlicher zu diskutieren.

Herr Metzger erklärt, dass es keinen Konsens über die in der Stellungnahme getroffenen Schlussfolgerungen gebe. Man werde im Verwaltungsrat darüber reden und als Geschäftsleitung auch strukturiert dazu Stellung nehmen.

Ein Rundfunkratsmitglied erinnert an seine Anregung, die Bezüge des Intendanten und der Direktoriumsmitglieder wie bei anderen ARD-Anstalten und bei allen Dax-Unternehmen im Wirtschaftsplan offen zu legen. Er habe hierzu im vorliegenden Wirtschaftsplan jedoch keine Angaben gefunden.

Herr Schrader erklärt, dass die Veröffentlichung gemäß Aktiengesetz nur im Jahresabschluss erfolge. Die Gehälter seien im Jahresabschluss 2012 veröffentlicht worden und werden auch dem Jahresabschluss 2013 zu entnehmen sein.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied bestätigt, dass auch eine Änderung des Radio Bremen-Gesetzes geplant sei, die eine Veröffentlichung der Bezüge im Jahresabschluss vorschreibe. Dies reiche seiner Ansicht nach aus an Transparenz.

Ein Rundfunkratsmitglied bemerkt, dass eine neue Stelle für einen ARD-Referenten in der Programmdirektion geschaffen worden sei, und erkundigt sich nach dem Aufgabenfeld.

Der Intendant erklärt, dass die Stelle nicht neu geschaffen worden sei, sondern dass eine seiner zwei Sekretärinnen eine neue Aufgabe im Hause übernommen habe. Auf die Stelle habe man nicht erneut eine zweite Sekretärin berufen wollen, sondern habe entschieden, dass in der Intendanz eher ein ARD-Referent benötigt werde. Es gebe eine Reihe von Themen, die durch die verschiedenen Fachkommissionen der ARD laufen und damit sowohl die Programmdirektion als auch die Direktion für Unternehmensentwicklung und Be-

trieb (DUB) und die Intendanz betreffen. Beispielsweise das Thema DVB-T2 werde erst in der Fernsehprogrammkonferenz (FPK), dann in der Produktions- und Technikkonferenz (PFKO) und letztendlich auch bei den Intendantinnen und Intendanten behandelt. Die umfangreichen Unterlagen müssen anhand verschiedenster Fragestellungen aufgearbeitet werden, was bei der vergleichsweise geringen Größe der Stäbe bei Radio Bremen immer wieder problematisch gewesen sei. Der ARD-Referent werde nun die Aufgabe haben, im Dreieck zwischen Intendanz, Programmdirektion und DUB solche Vorgänge zu bearbeiten und auch die Verwaltungsrats- und Rundfunkratsvorlagen zu redigieren. Dass zukünftig jemand für eine Art von Materialverarbeitung und Clearing für ARD-Gremien und die Radio Bremen-Aufsichtsgremien zuständig sei, werde mehr nützen als die Tatsache, dass im Sekretariat der Intendanz zuvor zwei Kolleginnen gesessen haben.

Herr Prof. Dr. von der Vring bestätigt, dass er bei den ARD-Hauptversammlungen die Erfahrung gemacht habe, dass bei den anderen Landesrundfunkanstalten in der Regel mehrere Personen mit dieser Aufgabe befasst seien.

Der Rundfunkrat stimmt bei zwei Enthaltungen folgendem Beschlussvorschlag zu:

1. Der Rundfunkrat genehmigt gemäß § 8 Absatz 2 Ziffer 6 RBG den vom Intendanten vorgelegten und vom Verwaltungsrat geprüften Wirtschaftsplan 2014.

2. Der Wirtschaftsplan 2014 wird wie folgt festgestellt:

Ertrags- und Aufwandsplan

Erträge	T€ 92,160,7
Aufwendungen	T€ 96.207,4
Entnahme aus dem Finanzplan	<u>T€ - 4.046,7</u>
	T€ 92.160,7

Finanzplan

Mittelaufbringung	T€ 12.669,0
Mittelverwendung	<u>T€ 12.669,0</u>
Ergebnis (Finanzierungsüberschuss)	T€ 0,0

3. Verwaltungsrat und Rundfunkrat nehmen zur Kenntnis, dass das Direktorium die Investitionsmittel von 256,6 T€ im Wirtschaftsplan 2014 intern sperren und erst nach sorgfältiger Prüfung freigeben wird.

TOP 8: Mittelfristige Finanzplanung
Vorlage 21/2013

Ein Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass es bei Radio Bremen eine ähnliche Entwicklung im Haushalt wie bei der Freien Hansestadt Bremen und auch einigen anderen Körperschaften gebe, nämlich dass in der Finanzplanung eine Steigerung der Gehälter eingeplant sei, die am Ende nicht mit der tatsächlichen Tarifentwicklung übereinstimme. In der Vorlage werde ausgeführt, dass die Fortschreibung des Personalaufwands 2015 und 2016 mit jeweils 2 Prozent berücksichtigt sei. Tatsächlich liege der Tarifabschluss aber bei 3 Prozent. Daraus ergebe sich eine gewisse Differenz und die Notwendigkeit nachzusteuern. In der Vorlage heiße es dazu, dass die Personal- und Honoraraufwendungen um insgesamt 852 T€ über der bisherigen Mittelfristigen Finanzplanung liegen, dass aber eine Einsparung an anderer Stelle in gleicher Höhe unterstellt werde, so dass der ursprünglich geplante Ansatz beibehalten wurde (vgl. Vorlage 21/2013, S. 5). In der zugehörigen Tabelle heiße es auf Seite 3, dass 2015 bis 2016 in den Positionen 1 bis 4 (Arbeitsentgelte, Sonstige Arbeitsentgelte, Soziale Abgaben, Beihilfen / Sonst. Personalaufwendungen) zusätzliche Einsparungen in Höhe von 852 T€ aufgrund der Tarifierhöhung enthalten seien. Das Rundfunkratsmitglied fragt nach der konkreten Umsetzung im Einzelnen.

Der Intendant verweist auf die Tarifverhandlungen vor einigen Jahren, bei denen die andere Seite auf die in der Mittelfristigen Finanzplanung angegebene Prozentzahl verwiesen und festgestellt habe, dass damit eigentlich keine Verhandlungen mehr nötig seien und der Sender diese Erhöhung einfach gewähren könne. Es handle sich bei der Planzahl um eine innerhalb der ARD verabredete politische Zahl, die alle Landesrundfunkanstalten in ihren Planungen verwenden. Auch bei den Tarifabschlüssen bemühen sich die ARD-Anstalten, sich in dem sich im Verlaufe der Verhandlungen herausbildenden Korridor zu bewegen und nicht zu sehr vom ARD-Geleitzug abzuweichen.

Herr Schrader ergänzt, dass die Tarifverhandlungen erst Ende Oktober 2013 beendet worden seien. Da die Mittelfristige Finanzplanung aber bereits in der Novembersitzung des Verwaltungsrats behandelt worden sei, habe man bis zum Redaktionsschluss noch keinen Maßnahmenkatalog vorlegen können, wie die Tarifierhöhung mit der Mittelfristigen Finanzplanung in Einklang zu bringen sei. Daher habe man diese Ausgleichsgröße verwandt. Gleichzeitig werde aktuell eine Budgetüberdeckung im Personalhaushalt i.H.v. 400 T€ für das Jahr 2013 prognostiziert. Diese Größe könne man dazu verwenden, um für 2015, 2016 eine Prognose abzugeben, die im Rahmen sei.

Das Rundfunkratsmitglied fragt nach, ob die Konsequenz sei, dass man die Zahl der Mitarbeitenden verringern müsse, wenn man nun höhere Personalausgaben pro Kopf habe als geplant.

Herr Schrader erklärt, dass man bei Wiedereinstellungen in den nächsten Jahren wahrscheinlich geringere Gehälter zahle als aktuell bei den jeweiligen Planstellen. Die Genauigkeit der Mittelfristigen Finanzplanung sei also end-

lich. Man schreibe zwar statistisch fort und setze eine Prozentzahl an, gehe aber für die Vorschaujahre 2015, 2016 nicht so tief ins Detail.

Herr Prof. Dr. von der Vring weist darauf hin, dass die Situation Radio Bremens anders sei als die des öffentlichen Dienstes in Bremen, bei dem geringere Einnahmen dazu führen, dass auch die Ausgaben gering gehalten werden müssen. Die KEF nehme die von der ARD abgerechneten tarifvertraglichen Kosten als gesetzt an und kürze keine Tarifverträge. Würde man die Kosten durch niedrigere Tarifabschlüsse senken, würde man auch weniger Gebühren erhalten. Radio Bremen kämpfe darum, einen angemessenen Anteil an Gebühren zu bekommen und es sei nicht einzusehen, dass Einsparungen vorweggenommen werden, indem die Löhne nicht entsprechend angepasst werden. Radio Bremen verhandle mit ver.di, die die Strategie einer einheitlichen Gestaltung der Tarifpolitik in der ARD verfolge. Wenn der Rundfunkrat hier ein anderes Verfahren wolle, dann müsse hierzu eine Debatte geführt werden. Man müsse sich dann in jedem Fall gründlich damit auseinandersetzen.

Frau Hamm weist darauf hin, dass die Planung darauf beruhe, dass die Neuordnung des Finanzausgleichs mit den bereits mehrfach besprochenen drei Maßnahmenkurven so beschlossen und umgesetzt werde. Sollte es hier Abweichungen geben, müsse noch mal neu geplant werden.

Ein Rundfunkratsmitglied bemerkt zu den angenommenen Renditen aus der Bewirtschaftung des Deckungsstockvermögens, dass diese für 2014 mit 3% und für die beiden Folgejahre mit jeweils 2,5% bemessen seien. Er fragt, ob es dazu konkrete Prognosen gebe. Dies sei ein relativ hoher Zinssatz oberhalb des risikofreien Zinses.

Herr Schrader erklärt, dass man sich auch hier mit der ARD bzw. mit der KEF im Geleitzug befinde. Die KEF erwarte, dass bestimmte Erträge aus dem Deckungsstock erzielt werden und dann zur Finanzierung des Haushaltes beitragen. Der bisher von der KEF vorgegebene Zinssatz i.H.v. 4,5% sei immerhin auf 3 bzw. 2,5% abgesenkt worden. Der Deckungsstock enthalte mehrere Langläufer, so dass man davon ausgehe, diese Beträge erreichen zu können.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied fragt, ob es einen Plan B gebe für den Fall, dass nicht alle drei Maßnahmen des ARD-Vorschlags für eine Neuregelung des Finanzausgleichs umgesetzt werden, oder ob man dann im März doch kurzfristig erheblich Einsparungen vornehmen müsse.

Herr Metzger erklärt, dass man im Jahr 2014 nur mit dem Geld plane, das man aktuell schon habe – also mit einem Ausgabenniveau inklusive des von der ARD zugesagten Liquiditätsdarlehens jenseits der Frage, ob Baustein 3 von der KEF akzeptiert werde. In der Mittelfristigen Finanzplanung seien weitere 5 Mio.€ als Steigerung des Ausgabenniveaus vorgesehen. Im Zweifelsfalle müsse man diese aus der Mittelfristigen Finanzplanung wieder herausnehmen und in den Jahren 2015 ff. weiter auf dem Ausgabenniveau arbeiten,

das man jetzt in 2013 und 2014 habe. Dies wolle man natürlich vermeiden, aber es sei möglich.

Der Rundfunkrat nimmt die Mittelfristige Finanzplanung 2009 – 2016 zur Kenntnis.

TOP 9: Entwicklungsbericht 2014
Vorlage 22/2013

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Entwicklungsbericht wie immer auf den Internetseiten von Radio Bremen veröffentlicht werde. Das Haus habe zudem die Anregung aus dem Finanz- und Organisationsausschuss aufgenommen, den Entwicklungsbericht auch an die medienpolitischen Sprecher der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen weiterzuleiten.

Der Rundfunkrat nimmt den Entwicklungsbericht 2014 zur Kenntnis.

TOP 10: Tarifabschluss bei Radio Bremen
Vorlage 23/2013

Der Rundfunkrat nimmt gemäß § 8 Absatz 2 Ziffer 10 Radio Bremen-Gesetz den geänderten Gehaltstarifvertrag bzw. Vergütungstarifvertrag bei Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 11: Programmreform Nordwestradio
Präsentation Jan Weyrauch

Herr Weyrauch präsentiert das neue Konzept für das Nordwestradio. Dieses habe den Claim „Alles Gute für die Ohren“ und beinhalte vor allem eine klarere Strukturierung des Tagesprogramms mit dem Ziel einer größeren Wiedererkennbarkeit. Das Tagesprogramm bestehe künftig aus:

- Einer neuen Frühsendung: „Der gute Morgen“ (6-10 Uhr)
- Drei weiteren großen Programmflächen (10-13, 14-16 und 16-18 Uhr)
- Einer Gesprächszeit u.d.T. „Zwei nach eins“ (13-14 Uhr)
- Einer Musikstrecke (19-21 Uhr), die den Übergang in den Abend leiste.

Das Nordwestradio erhalte zudem eine neue Musikfarbe. In die Rotation werden vor allem Singer/Songwriter (inkl. Country, Folk, Blues), Pop, Jazz und Soul aufgenommen. Start des neuen Sendeschemas sei der 6. Januar 2014.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Weyrauch für die Informationen und weist darauf hin, dass sich der Hörfunkausschuss bereits mit der Programmreform befasst habe.

Es folgt eine intensive Diskussion. **Herr Weyrauch** äußert sich auf Nachfragen zu folgenden Punkten:

Auswirkung der Änderung von Sendungstiteln (Bsp. „Gesprächszeit“ in „Zwei nach Eins“ und „Globale Dorfmusik“) auf die Hörerbindung: Die interne Diskussion habe gezeigt, dass ein Ablegen der alten Sendungstitel notwendig gewesen sei, um sich auch von alten Denkschemata in der Redaktion zu befreien. Einige Sendungstitel wie „Mare“ oder „Glauben und Wissen“ habe man so belassen, aber wo immer es möglich gewesen sei, habe man die alten durch neue Titel besetzt. Da das Nordwestradio aktuell nur wenige Hörerinnen und Hörer habe, sei das Risiko, aufgrund dieser Änderungen Hörerinnen und Hörer zu verlieren, gering. Das Ziel sei vor allem, neue Hörerinnen und Hörer zu gewinnen bzw. die Hörerschaft, die bislang nur sporadisch zuhöre, dazu zu bringen, das Nordwestradio länger einzuschalten.

Die „Sommergäste“ werden nicht mehr live gesendet, um das vereinheitlichte Programmschema am Wochenende nicht mit den Sommer- und Wintergästen zu durchbrechen. Dazu habe man sich nach intensiver interner Diskussion aufgrund der besseren Kommunizierbarkeit entschieden. Da man die Sendung in Zukunft aufzeichne und direkt im Anschluss an die Veranstaltung sende, werden die Zuschauerinnen und Zuschauer nun die Möglichkeit haben, die Sendung auf dem Heimweg zu hören.

Es sei nicht daran gedacht, eine Rubrik „Kultur“ in das Sendeschema der Magazinstrecken einzufügen. Der Begriff „Kultur“ wäre zu weit gefasst. Unter ihm könnte vom klassischen Konzert über eine Kinokritik bis hin zu einer Ausstellungseröffnung im Prinzip alles stattfinden. Deswegen setze man zum einen eher auf konkretere Rubriknamen wie z.B. den „Buchtipps“ und zum anderen auf stündliche Hinweise auf interessante, kulturelle Veranstaltungen.

Die neue Sendezeit von „Nordwestradio unterwegs“ (mittwochs 18 bis 19 Uhr) schätze Herr Weyrauch als gute Uhrzeit für diese Sendung ein. Man habe zudem festgelegt, dass am nächsten Tag im Programm nochmal auf „Nordwestradio unterwegs“ Bezug genommen werde, indem man beispielsweise die Diskussion nochmal aufgreife oder Highlights erneut sende.

Statt der einstündigen „Globalen Dorfmusik“ werde es eine neue Musikstrecke von 19 bis 21 Uhr geben, an der zum großen Teil dieselben Mitarbeitenden beteiligt sein werden. Der Sendung werde eine Musikrotation zugrunde gelegt, die Moderatorinnen und Moderatoren werden aber weiterhin pro Sendestunde vier Free Pics haben, können also insgesamt acht Titel redaktionell auswählen (in der „Globalen Dorfmusik“ zehn Free Pics). Insofern werde sich der Charakter sicherlich ein wenig ändern, insgesamt gebe es von der musikjournalistischen Herangehensweise her aber keinen Qualitätsverlust.

Eine Erfolgsbewertung des Relaunchs werde nicht nur über die Quoten erfolgen (Ziel in den nächsten Jahren seien 2,5% statt der aktuellen 1%), sondern es gebe auch ein internes Feedback (Qualitätsmanagement mit sog. Airchecks und Feedbacks über die Sendung). Dann seien auch die externen Reaktionen wichtig – ob man öfters in Zeitungen zitiert werde, ob über das Nordwestradio in der Öffentlichkeit geredet werde und auch innerhalb der

ARD. Auch dies seien Kriterien, die wichtig seien, die man aber schlecht fassen könne.

Die Kosten für das Nordwestradio seien in 2014 genauso hoch, wie in 2013. Es werde nicht gespart, sondern das Nordwestradio werde im Grunde sogar noch eine Mitarbeiterkapazität mehr haben, da Online zukünftig nicht mehr über das Nordwestradio finanziert werde, sondern über die Online-Abteilung. Die dadurch frei werdenden Mittel erhalte das Nordwestradio on top.

Um auf das veränderte Angebot aufmerksam zu machen, werde es ab Ende Januar eine Marketingkampagne geben. Man werde nicht nur klassische Plakate aufhängen, sondern auch gezielt an Orte gehen, an denen man Nordwestradiohörerinnen und -hörer vermute, wie in Konzertstätten oder Museen. Hier erarbeite man gerade ein Konzept, wo man sich genau aufstellen wolle.

In der weiteren Diskussion werden zudem folgende Themen diskutiert:

- Auswirkungen einer Finanzausgleich-Neuregelung auf das NWR

Ein Rundfunkratsmitglied bemerkt, dass es nicht glücklich sei, dass der Relaunch jetzt erfolge, wo es möglicherweise in Folge einer Neuregelung des Finanzausgleichs zu Veränderungen kommen werde.

Herr Metzger erklärt, dass man zunächst abwarten müsse, ob Radio Bremen die NDR-Mittel für das Nordwestradio im Rahmen eines neuen Finanzausgleichs tatsächlich bar bekommen werde. Dann hätte man eine Grundlage, um mit dem NDR zu reden. Verabredet sei, im nächsten Jahr, nach Einigung auf eine neue Regelung des Finanzausgleichs, mit den Gesprächen zu beginnen. Das Ergebnis sei offen. Die beiden Prozesse überlagern sich, aber der Relaunch des Nordwestradios sei schon seit einem bis eineinhalb Jahren in der Diskussion und in Arbeit.

Im Grunde sei den Kolleginnen und Kollegen etwas Verblüffendes gelungen. Auf der einen Seite seien klassische Radioprogramme oftmals Flickenteppiche, bei denen bestimmte kleine Gruppen ihr Juwel finden, die aber kein größeres Publikum generieren. Auf der anderen Seite gebe es Formatradio – all diese Mainstream-Wellen, bei denen modernes Radio-Handwerk angewendet werde, es aber an den Inhalten gebreche. Die Idee, nun diese beiden Welten miteinander zu verbinden und hochmögliche, hochqualitative Inhalte mit modernem Radio-Handwerk zu verbinden, sei genial und er sei sehr gespannt auf das Ergebnis. Diese Richtung als solche sei richtig und so interessant, dass sie völlig unabhängig von der Frage sei, ob der NDR an Bord sei oder nicht.

- Information des Hörfunkausschusses

Ein Mitglied des Hörfunkausschusses erklärt, bereits die Gelegenheit gehabt zu haben, sich mit den Strukturveränderungen beim Nordwestradio zu befassen. 80% dessen, was heute vorgestellt worden sei, habe es jedoch hier

zum ersten Mal gehört. Dies finde es befremdlich und es hätte sich gewünscht, im Hörfunkausschuss auch über qualitative Ziele diskutieren zu können und nicht nur über strukturelle Veränderungen. Vor diesem Hintergrund sei eine Meinungsbildung schwierig. Die Präsentation von Herrn Weyrauch habe viele interessante Punkte enthalten und es habe in den Hörfunkausschuss-Sitzungen geäußerte Bedenken aufgegriffen gesehen. Das Mitglied finde es aber doch wichtig, im Hörfunkausschuss auch eine tatsächliche, detaillierte Information zu erhalten, mit der man sich dann auseinandersetzen könne.

Der Hörfunkausschussvorsitzende, **Herr Dembski**, entgegnet, dass er den Eindruck, dass im Hörfunkausschuss keine ausreichende bzw. transparente Information erfolgt sei, deutlich zurückweise. Man habe sich in der Aprilsitzung zunächst mit den ersten Überlegungen für Veränderungen im Nordwestradio befasst. Dies habe sich dann in der Augustsitzung hinreichend präzisiert und der Hörfunkausschuss habe diesem Konzept, das sich von den Grundlinien her auch in der heutigen Darstellung nicht verändert habe, seine Zustimmung und einen deutlichen Rückenwind gegeben.

Herr Weyrauch erklärt, dass er sich der Aussage von Herrn Dembski anschließe. Man habe den Hörfunkausschuss so oft und so umfänglich wie möglich informiert. Das Konzept sei zwar seit der letzten Hörfunkausschuss-Sitzung im August weiterentwickelt worden, in weiten Teilen aber immer noch identisch.

- Erfüllung des öffentlich-rechtlichen Auftrags und regionale Kompetenz

Ein Rundfunkratsmitglied erklärt, dass die hinter dem Relaunch stehende Philosophie nicht nur ein Gewinn von Zukunft sei, sondern auch ein schmerzlicher Abschied. Durchführbarkeit, Wiedererkennbarkeit und die Identifizierung der Musikfarbe seien – wie es bei den Privaten zu beobachten gewesen sei – klassische Zutaten für erfolgreiche Programme, dem sich viele öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten im Rahmen ihrer Aufträge angepasst haben, um eine größere Hörerschaft zu erreichen. Dies nehme es zur Kenntnis.

Gleichwohl sei es im Sinne des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags zu befürworten, wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch Minderheiten-Programme anbiete und an den kulturellen, sozialen, wirtschaftspolitischen und wissenschaftspolitischen Rändern Impulse setze, Diskurse führe und zur Meinungsbildung beitrage. Es sei klar, dass man diesen Auftrag immer wieder neu definieren müsse, aber es sei der Ansicht, dass in diesen Formaten auch ein Stück weit eine Chance und ein Schatz unter die Räder kommen könnten. Das Mitglied äußert Bedenken, dass die Option, das Nordwestradio in Zukunft möglicherweise ohne den NDR zu gestalten und ein stärker auf Bremen und das Radio Bremen-Land fokussiertes Programm zu machen, nicht oder nicht ausreichend genutzt werde. Die Chancen, aktuelle, bspw. bundespolitische oder weltpolitische Themen in ausführlichen Wortstrecken auf Bremen herunter zu brechen und kritisch, kontrovers zu erörtern oder auch Themen aus der Region ausführlich zu beleuchten, sehe es bei diesem magazinierten, durchformatierten Programm an den Rand gedrängt. Gleichzeitig sei natürlich ein-

zuräumen, dass ein solches Programm auch Hörerinnen und Hörer haben müsse, und je mehr man dafür tun könne, um die Menschen mit solchen Themen zu interessieren, desto besser.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass auf der Meta-Ebene eine ähnliche Diskussion anlässlich der Umwandlung von Radio Bremen Zwei in das Nordwestradio geführt habe. Schon damals habe es die Befürchtung gegeben, dass Qualität zugunsten der Quote aufgegeben werde. Womöglich seien solche Debatten bei Veränderungen unumgänglich, aber auch die Gesellschaft, das Publikum und die Hörgewohnheiten verändern sich. Insofern sei es richtig, dass hier ein Schnitt gemacht werde, denn laut der Media Analysen habe das Nordwestradio vergleichsweise wenige und vor allem ältere Hörerinnen und Hörer. Die Ängste, dass Qualität zugunsten der Quote aufgegeben werde, seien in dieser medienpolitischen Debatte immanent, sobald angekündigt werde, dass man mehr Menschen erreichen wolle. Dem von Herrn Weyrauch sei aber zu entnehmen gewesen, dass man gerade versuche, beides miteinander zu verbinden. Radio Bremen müsse immer wieder Veränderungen wagen und die Frage sei, ob es um Exklusivität und Ausgrenzung gehe oder um Integration und Erweiterung. Das, was vorgestellt worden sei, spreche für den zweiten Teil. Daher finde das Mitglied das Vorgehen richtig.

Herr Weyrauch erklärt, dass auch das zukünftige Nordwestradio nicht mehrheitsfähig sein werde. Wenn man die aktuelle Reichweite von 1% in den nächsten Jahren auf 2,5 oder 3% steigern könne, sei dies schon ein Erfolg. Man werde also weiter eine Nische bedienen. Auch das zukünftige Nordwestradio solle mit den jetzt schon vorhandenen Mitteln und Inhalten weiterhin Impulse setzen und zur Meinungsbildung beitragen. Das bisherige Nordwestradio habe jedoch nicht genügend Hörerinnen und Hörer erreicht. Es handle sich um das teuerste Programm von Radio Bremen, das jedoch täglich von nur 27.000 Menschen eingeschaltet werde. Insofern gebe man seiner Ansicht nach keinen Schatz auf, sondern man habe einen Rohdiamanten, den man nun schleife. Natürlich gebe es Veränderungen bei verschiedenen Sendungen, aber man werde weiterhin Features und Hintergrundberichte haben sowie monothematische Radiotage, was in der Vergangenheit so nicht möglich gewesen sei. Es werde weiterhin über kulturelle Veranstaltungen berichtet, aber das Ziel sei, dies nicht in Nischen stattfinden zu lassen, wie bisher oftmals abends zwischen 22 und 23 Uhr, sondern in einer entsprechend kompatiblen Form im Tagesprogramm. Man rede also über Formen, aber nicht über Inhalte bzw. weniger Inhalte. Wenn es sich beim Nordwestradio um keine Kooperation mit dem NDR handeln würde, würde man den Fokus sicherlich stärker auf Bremen lenken. Aktuell müsse man diesen Kompromiss jedoch eingehen.

Die Vorsitzende bestätigt, dass man sich nicht zum ersten Mal mit der Gesamthematik befasse. Die beschriebene Zielsetzung finde sie nicht nur legitim, sondern durchaus richtig. Es sei bekannt, dass es sich bei dem Nordwestradio um ein teures Programm mit wenig Resonanz handle.

Ein Rundfunkratsmitglied bestätigt, dass man unter anderem über den Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spreche. Dies sei ein wichtiges Thema und es wolle in diesem Zusammenhang wissen, ob weiterhin über politische Themen informiert werde.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied bemerkt, dass es nicht darum gehe, kein modernes Radio zu wollen. Der Rundfunkrat habe nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, bei jeder so grundlegenden Veränderung – der Struktur und teilweise auch der Inhalte – gründlich und genau zu diskutieren, ob das Programm den öffentlich-rechtlichen Auftrag erfülle oder ob die Überschrift, überspitzt formuliert, die Quote sei. Natürlich sei es wichtig, dass das Nordwestradio eine größere Hörerschaft gewinne, aber dennoch sei die Diskussion wichtig und sie sei vermutlich umso intensiver, da – anders als beim Fernseh-Relaunch – die Struktur sehr stark in den Vordergrund gestellt werde und zu wenige Inhalte und zu wenig zugespitzte Inhalte benannt werden, die das Nordwestradio zukünftig ausmachen.

Das erstgenannte Rundfunkratsmitglied ergänzt, nicht an Altem festzuhalten, aber dass sich die Frage stelle, was von den Traditionen zukunftsfähig gemacht werde. Bei dem Relaunch von „Buten un Binnen“ habe man die gute Idee gehabt, in einer Wochenserie regionale Themen aus verschiedenen Sichtweisen vertiefend, auch kontrovers facettenreich darzustellen. Eine regionale Kompetenz und diskursives, kritisches und vertieftes Eingehen auf die Themen sollte auch eine Stärke des Nordwestradios sein und bleiben. Man könne mit Hilfe des Programmaustauschs innerhalb der ARD natürlich auch exzellente Magazine für das Nordwestradio produzieren, aber auch die lokale und regionale Thematik sollte im Nordwestradio verankert werden und bundesweite und internationale Themen sollten runtergebrochen auf Bremen genügend Platz finden. Es sollte nicht so verlaufen, dass Reportagen vornehmlich in der ARD eingekauft und neu konfektioniert werden, während regionale und lokale Informationen nur noch in den Nachrichten auftauchen.

Herr Weyrauch bestätigt, dass politische Themen im gleichen Umfang wie bisher und genauso kontrovers weiterbehandelt werden. Der Wortanteil bleibe gleich, man werde also die gleichen Themen behandeln können. Dies sei auch der Unterschied zum Fernseh-Relaunch, bei dem man tatsächlich mehr über Inhalte gesprochen habe. Problematisch seien beim Nordwestradio jedoch nicht die Inhalte, sondern die Anmutung zum einen und die Struktur zum anderen. Insofern sei dies auch das Thema des Relaunchs, denn inhaltlich werde sich das Nordwestradio nicht verändern, sondern es werde anders verpackt und anders hergestellt. Daher stehen die strukturellen Fragen mehr im Vordergrund.

- Abbau fester Stellen vs. Ersatz durch Freie Mitarbeitende

Ein Rundfunkratsmitglied stellt fest, dass die vorgestellten Teams eine gute Arbeitsform seien, dass die Qualität von Teams aber sicherlich auch in der Qualität der dort arbeitenden Menschen liege. Die Fachredaktion Kultur werde zukünftig nicht mehr existieren, da die ausscheidenden Redakteurinnen

und Redakteure durch freie Mitarbeitende ersetzt werden. Für die Qualität eines Programms sei ein wesentliches Kriterium, dass sich die Redakteurinnen und Redakteure mit dem Sender, in diesem Fall mit der Marke Nordwestradio identifizieren. Dies sehe sie nicht gewährleistet, wenn der Anteil der Freischaffenden immer weiter erhöht werde und keine Fachredaktionen im eigentlichen Sinn mehr existieren.

Herr Weyrauch erklärt, dass man bedenken müsse, dass die zukünftige finanzielle Situation Radio Bremens nach wie vor unklar sei. Man könne inzwischen zwar erahnen, welche Mittel nach der Neuregelung des Finanzausgleichs zur Verfügung stehen werden, aber in den letzten Jahren sei dies noch nicht der Fall gewesen und Sicherheit habe man auch heute noch nicht. Daher sei die grundsätzliche Strategie, dass man – wo immer möglich – versuche, die Mittel flexibel zu halten. Dies bedeute auch, Freie Mitarbeitende zu beschäftigen und Projekte aufzusetzen, so dass man 2015 im Falle eines nicht verbesserten Finanzausgleichs keine betriebsbedingten Kündigungen vornehmen müsse, sondern reagieren könne. Dies sei eine grundsätzliche Strategie, die nichts mit den Fachredaktionen oder dem Nordwestradio zu tun habe. Das Verhältnis von freien zu festen Mitarbeitenden sei bei Radio Bremen im Übrigen auch nicht anders als bei anderen ARD-Anstalten. Hier bewege man sich im guten Mittelfeld, wobei kein anderes Radioprogramm bei Radio Bremen so viele Festangestellte habe, wie das Nordwestradio.

Auf die Feststellung **eines weiteren Rundfunkratsmitglieds**, dass die Fachredaktion Kultur von Festangestellten geleitet werden müsse, damit die Bremer Musiker und auch die weltweit herkommenden Musiker einen Ansprechpartner haben, erklärt **Herr Weyrauch**, dass es diese in der Musik- wie in der Kulturredaktion gebe. Für die Musik sei Herr Rumpf zuständig, der ja auch für Radio Bremen im Landesmusikrat sei.

- Zusammenfassung

Ein Rundfunkratsmitglied erklärt, in der heutigen Sitzung zum ersten Mal mit dem neuen Konzept konfrontiert worden zu sein. Aus dem Vortrag habe es schließen können, dass sich die Struktur und die Sendungstitel verändern, dass aber der Kern des Nordwestradios, der aus ihrer Sicht von Qualität und einem hohen Qualitätsanspruch ausgemacht werde, so erhalten bleiben solle. Es werde weiterhin Themenvielfalt gewährleistet und Politik, Kultur und Veranstaltungen sollen weiterhin große Rollen spielen. Die von Seiten des Hauses gehaltene Präsentation und die gegebenen Antworten haben sie überzeugt. Man sollte nun das Haus einfach beim Wort nehmen, dass dies alles auch so umgesetzt werde, dass die Qualität und das Engagement erhalten bleiben, und Radio Bremen dabei viel Erfolg wünschen.

Herr Metzger bestätigt, dass der Rundfunkrat ein klares Versprechen bekommen habe, nämlich dass es keinen Verlust an Substanz und Inhalt geben werde – regional, lokal, politisch, kulturell. Im Gegenteil, es werde an einigen Stellen sogar neue Facetten geben, die das Programm bisher nicht gehabt habe, wie zum Beispiel das Medienmagazin oder erstmalig lange musikjour-

nalistische Strecken. Dies sei ein klares Versprechen, an dem man das Haus später messen könne.

Ein Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass die Radiowelle im Format neu aufgestellt werde und sich insgesamt neu erfinde. Dies sei seiner Ansicht nach eine grundlegende Entscheidung, die der Zustimmung des Rundfunkrats bedürfe. Es stellt den Antrag, über die Zustimmungspflichtigkeit abstimmen zu lassen.

Herr Metzger weist darauf hin, dass das Nordwestradio ein gehobenes Kultur- und Informationsprogramm für Bremen und den Nordwesten sei und sein werde. Die Grundannahme, dass das Programm neu erfunden werde, treffe aus seiner Sicht nicht zu.

Herr Weyrauch ergänzt, dass der Hörfunkausschuss entschieden habe, dass es sich bei der Reform des Nordwestradio um keine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung handle. Er erinnert zudem daran, dass das Nordwestradio auf einer Verwaltungsvereinbarung mit dem NDR basiere, die nicht angetastet werde. Die darin getroffenen Festlegungen und Definitionen seien der Grundsatz, auf dem die Veränderungen aufbauen. Insofern sei der Prozess nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Von grundsätzlicher Bedeutung wäre es, wenn bspw. die Verwaltungsvereinbarung aufgelöst worden wäre und man ein neues Nordwestradio erfinden würde.

Die Vorsitzende führt eine Abstimmung durch mit folgendem Ergebnis:

Bei zehn Ja-Stimmen, drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen spricht sich der Rundfunkrat für eine grundsätzliche Bedeutung der Nordwestradio-Reform und damit eine Zustimmungspflicht des Rundfunkrats aus.

Der Rundfunkrat stimmt dem vorgestellten Nordwestradio-Relaunch bei zwölf Ja-Stimmen und vier Enthaltungen zu.

Ein Rundfunkratsmitglied bittet das Präsidium, eine juristische Stellungnahme einzuholen, welche Angelegenheiten zustimmungspflichtig sind und welche nicht.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied erklärt, dass dies nicht möglich sei, da im Radio Bremen-Gesetz stehe, dass der Rundfunkrat Entscheidungen zustimmen müsse, die für das Programm oder die Anstalt „von grundsätzlicher Bedeutung“ seien. Welche Vorgänge von grundsätzlicher Bedeutung seien, müsse der Rundfunkrat im Einzelfall entscheiden.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied erklärt, dass wenn das Radio-Bremen-Gesetz die Zustimmung des Rundfunkrates erfordere, es darum gehe, dass für die Wirksamkeit von Entscheidungen der Intendanz ein entsprechender Beschluss des Rundfunkrates erforderlich sei, sonst dürfen diese nicht umgesetzt werden. Davon abgesehen könne der Rundfunkrat natürlich auch Angelegenheiten zustimmen, bei denen seine Zustimmung nicht erforderlich sei,

um eine Wirksamkeit herbeizuführen. Dann gebe er eine Meinung kund und er meine, dies habe man eben getan.

Der Intendant erklärt, dass er es wie Herr Grotheer sehe und ihm dankbar für diese Interpretation sei. Insofern danke er dem Rundfunkrat für die breite Unterstützung, die er diesem Projekt eben gegeben habe. Er sei sicher, dass die Mitglieder nicht enttäuscht sein werden, da sie feststellen werden, dass die hohen Erwartungen, die man von Seiten des Rundfunkrats, aber auch von Seiten des Hauses an das Projekt habe, erfüllt werden und er sei gespannt auf die Beobachtungen im nächsten Jahr. Er müsse dennoch hinzusetzen, dass er als Intendant bestreite, dass diese eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung im Sinne des Radio Bremen-Gesetzes ist. Insofern gehe er auch nicht davon aus, dass die Zustimmung des Rundfunkrats dafür erforderlich sei. Programme müssen ständig verändert und erneuert werden. Dies sei ein normales Geschäft, das in der Verantwortung des Intendanten und des Direktoriums liege. Diesen Streit werde man auf diesem Wege nicht auflösen. Er freue sich aber, dass man sich in der Sache einig sei.

TOP 12: Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten
Vorlage 24/2013

Der Datenschutzbeauftragte, **Herr Carlson**, verweist aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf seinen schriftlichen Bericht. Für Nachfragen stehe er gerne zur Verfügung.

Ein Rundfunkratsmitglied bemerkt, dass es zunächst bedauerlich sei, dass das wichtige Thema „Datenschutz“ am Ende der Tagesordnung stehe. Es sei über den Meldedatenabgleich und Prüfungen bei der Creditreform Mainz KG berichtet worden. Es sei in Kenntnis von Beschwerden verschiedener Leute, die sich bei dem Einzug der Gebühren bedrängt fühlen, und wisse auch, dass es Beschwerden über den Landesbeauftragten für Datenschutz gegeben habe. Das Mitglied fragt, ob Herr Carlson bei seiner Aufgabe irgendwelche Auffälligkeiten festgestellt habe.

Herr Carlson erklärt, dass zwei Ebenen angesprochen worden seien. Einmal der Meldedatenabgleich, der aus seiner Sicht relativ harmonisch verlaufe. Er sei auch im Gespräch mit Frau Dr. Sommer, die sich für Nachfragen an ihn wende, wenn Beschwerden eingehen. Dadurch, dass die Senatskanzlei und auch die Landesdatenschutzbeauftragte früh eingebunden gewesen seien, sei der Verlauf seiner Wahrnehmung nach weitestgehend problemlos. Es gebe die üblichen Anfragen, die beantwortet werden, aber dies fuße alles auf rechtlich sicherem Grund.

Die Creditreform Mainz werde nur tätig bei rückständigen Rundfunkbeiträgen. Die Landesdatenschutzbeauftragten hätten dort ebenfalls einen Vor-Ort-Termin gehabt. Die Creditreform müsse nun noch einige bestimmte Zulieferungen erbringen, so dass der Prüfungsbericht der betroffenen Landesdatenschutzbeauftragten dann erfolgen werde. Er gehe aber davon aus, dass dies unproblematisch sein werde.

Der Rundfunkrat nimmt den Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten von Radio Bremen für den Zeitraum vom 1. Juli 2012 bis zum 30. Oktober 2013 zur Kenntnis.

TOP 13: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 25/2013

Die Vorsitzende weist auf den schriftlichen Bericht hin und ruft die an den Rundfunkrat gerichtete Programmbeschwerde vom 11. November 2013 von Herrn Joachim Robrecht zu dem „Buten un Binnen“-Beitrag „Bremer Ketchup für Amerika“ vom 7. Oktober 2013 auf. Das Präsidium habe die Beschwerde an den Fernsehausschuss weitergeleitet, der sich am 27. November 2013 damit befasst habe.

Die stellvertretende Fernsehausschussvorsitzende, **Frau Czarnecki**, berichtet, dass der Fernsehausschuss die genannte Programmbeschwerde zum Anlass genommen habe, mit dem Programmdirektor die gerade bei Firmenporträts erforderliche Sensibilität ausführlich zu diskutieren. Die Programmbeschwerde sei sehr ernsthaft besprochen worden, der Fernsehausschuss habe jedoch – wie der Intendant – keine Programmgrundsätze durch den Beitrag verletzt gesehen. Er empfehle dem Rundfunkrat daher, die Programmbeschwerde ebenfalls zurückzuweisen. Gleichwohl habe man die Programmdirektion gebeten, die Redaktionen für einen zurückhaltenden Umgang mit der Darstellung und Erwähnung von Produkten und Leistungen zu sensibilisieren.

Der Rundfunkrat schließt sich einstimmig dem Votum des Fernsehausschusses an, dass bei dem Beitrag „Bremer Ketchup für Amerika“ kein Verstoß gegen Programmgrundsätze vorliegt und die Programmbeschwerde daher nicht begründet ist.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 15. September 2013 bis 15. November 2013 zur Kenntnis.

TOP 14: Verschiedenes

Da keine Wortmeldungen vorliegen, bedankt sich die Rundfunkratsvorsitzende bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 19.30 Uhr.

Genehmigt:



Eva-Maria Lemke-Schulte
Vorsitzende des Rundfunkrates

Protokoll:



Merle Schmidt